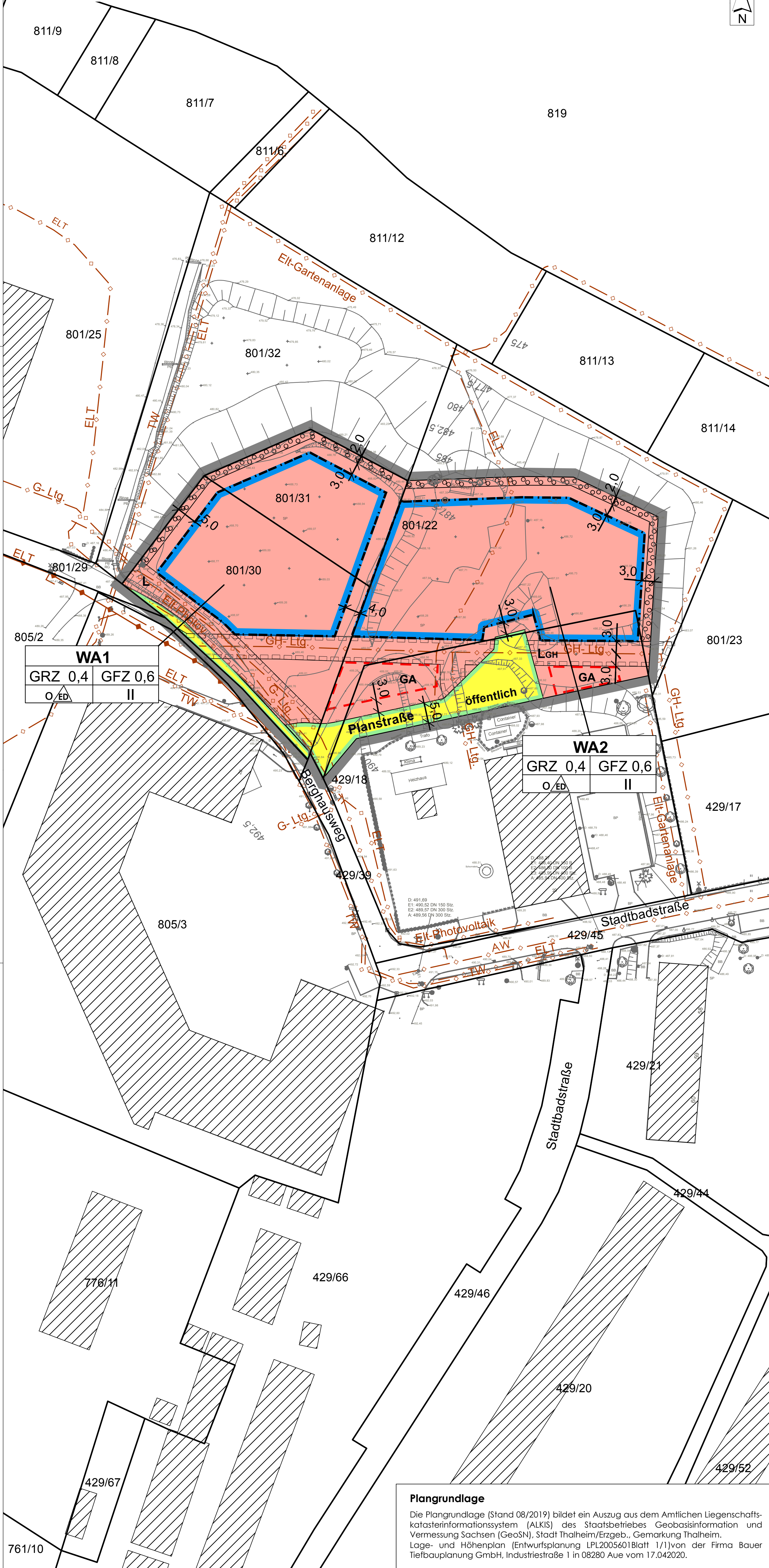


TEIL A - PLANZEICHNUNG



PLANZEICHENERKLÄRUNG

1. Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

Allgemeines Wohngebiet (§ 4 BauNVO)

2. Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB)

- z.B. 0,4 Grundflächenzahl (§ 19 BauNVO) – als Höchstmaß
- z.B. 0,6 Geschosflächenzahl (§ 20 BauNVO) – als Höchstmaß
- z.B. II Zahl der Vollgeschosse (§ 20 BauNVO) – als Höchstmaß

3. Bauweise, Baugrenzen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

- o offene Bauweise (§ 22 BauNVO)
- ED nur Einzelhäuser und Doppelhäuser zulässig (§ 22 Abs. 2 BauNVO)
- BauGrenze (§ 23 Abs. 3 BauNVO)

4. Verkehrsflächen

(§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB)

- öffentlich Straßenverkehrsfläche, öffentlich
- Straßenbegrenzungslinie

6. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20.25 und Abs. 6 BauGB)

- Umgrenzung von Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 23 o und Abs. 6 BauGB)

7. Sonstige Planzeichen

GA

Umgrenzung von Flächen für Nebenanlagen, Stellplätze, Garagen und Gemeinschaftsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 4 und 22 BauGB) Zweckbestimmung: Garagen

Grenze des räumlichen Geltungsbereiches des Bebauungsplanes (§ 9 Abs. 7 BauGB)

Mit Leitungsrechten zu belastende Flächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)

- LGH Leitungsrecht: Gasochdruckleitung
- LELT Leitungsrecht: Elf-Leitung
- L Leitungsrecht

8. Nachrichtliche Übernahme

- ELT – Leitung, oberirdisch
- ELT – Leitung, unterirdisch
- GH-Ltg Gas-Hochdruckleitung, unterirdisch
- G-Ltg Gas-Niederdruckleitung, unterirdisch
- TW Trinkwasserleitung, unterirdisch
- AW Abwasserleitung, unterirdisch

9. Hinweise

- Maßangabe in m
- Gebäudebestand
- Flurstücksgrenze
- Flurstücksnummer

Nutzungsschablone			
Art der baulichen Nutzung			
Grundflächenzahl	Geschossflächenzahl		
Bauweise	Zahl der Vollgeschosse		
Nutzungsschablone			
Art der baulichen Nutzung			
Grundflächenzahl	Geschossflächenzahl		
Bauweise	Zahl der Vollgeschosse		

RECHTSGRUNDLAGEN

Baugesetzbuch (BauGB) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S.3634) zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27.03.2020 (BGBl. I S. 587)

Baunutzungsverordnung (BauNVO) - Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke in der Fassung der Bekanntmachung vom 21.11.2017 (BGBl. I S.3786)

Planzeichenverordnung 1990 (PlanZV 90) - Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts vom 18.12.1990 (BGBl. I S.58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 04.05.2017 (BGBl. I S.1057)

Sächsische Bauordnung (SächsBO) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.05.2016 (SächsGVBl. S. 186), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.12.2018 (SächsGVBl. S. 706)

Sächsische Gemeindeordnung (SächsGemO) - in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.03.2018 (SächsGVBl. S. 62), zuletzt geändert durch Artikel 5 des Gesetzes vom 02.07.2019 (SächsGVBl. S. 542)

Auf die Beachtlichkeit weiterer Gesetzlichkeiten wird hingewiesen.

I. BAUPLANUNGSRECHTLICHE FESTSETZUNGEN

1. Art der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, §§ 1, 4 BauNVO)

- (1) Unzulässigkeit allgemein zulässiger Nutzungen innerhalb des allgemeinen Wohngebiets **WA** nach § 4 BauNVO:
Die nach § 4 Abs. 2 Nr. 2 BauNVO allgemein zulässigen Nutzungen
- Anlagen für kirchliche und sportliche Zwecke und
- nicht störende Handwerksbetriebe
werden nicht Bestandteil des Bebauungsplans (§ 1 Abs. 5 BauNVO). Sie sind daher unzulässig.

- (2) Unzulässigkeit ausnahmsweise zulässiger Nutzungen innerhalb des allgemeinen Wohngebiets **WA** nach § 4 BauNVO:
Alle nach § 4 Abs. 3 BauNVO ausnahmsweise zulässigen Nutzungen werden nicht Bestandteil des Bebauungsplanes (§ 1 Abs. 6 BauNVO). Sie sind daher unzulässig.

2. Maß der baulichen Nutzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 1 BauGB, § 16 BauNVO)

- (1) Im allgemeinen Wohngebiet **WA** ist die höchstzulässige Grundflächenzahl (GRZ) auf 0,4 festgesetzt.
- (2) Im allgemeinen Wohngebiet **WA** ist die höchstzulässige Geschosflächenzahl (GFZ) auf 0,6 festgesetzt.
- (3) Die Flächen von Aufenthaltsräumen einschließlich der zu ihnen gehörenden Treppenträume und Umfassungswände sind auch bei Geschossen, die nach landesrechtlichen Vorschriften keine Vollgeschosse sind, bei der Ermittlung der Geschosflächenzahl mitzurechnen. (§ 20 Abs. 3 BauNVO)
- (4) Die höchstzulässige Zahl der Vollgeschosse ist im allgemeinen Wohngebiet **WA** auf 2 festgesetzt. (§ 20 Abs. 1 BauNVO)

3. Überbaubare Grundstücksflächen, Bauweise

(§ 9 Abs. 1 Nr.2 BauGB, §§22 und 23 BauNVO)

- (1) Im allgemeinen Wohngebiet **WA** ist die offene Bauweise festgesetzt. Zulässig sind ausschließlich Einzel- und Doppelhäuser. (§ 22 Abs. 1 und 2 BauNVO)
- (2) Im allgemeinen Wohngebiet **WA** ist eine Überschreitung der Baugrenzen durch umgeordnete Bauteile (z.B. Treppenhäuser, Hauseingänge, Wintergärten) **WA** bis zu 1,0 m unter Wahrung des Grenzabstandes nach SächsBO zulässig. Die Summe aller Vorbauten darf 1/3 der Fassadenbreite nicht überschreiten. (§ 23 Abs. 3 BauNVO).
- (3) In **WA I** sind Garagen und Carports außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen unzulässig. Garagen und Carports sind mindestens 3 m hinter der Straßenbegrenzungslinie im Grundstück einzurorden. Stellplätze sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen im Bereich zwischen Baugrenze und Straßenbegrenzungslinie zulässig.

Im **WA II** sind Garagen und Carports außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen hinter der Straßenbegrenzungslinie im gekennzeichneten Bereich zulässig. Stellplätze sind außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen im Bereich zwischen Baugrenze und Straßenbegrenzungslinie zulässig.

- (4) Außerhalb der überbaubaren Grundstücksflächen sind Stellplätze nach § 12 Abs. 6 BauNVO auch zwischen vorderer Baugrenze und Straßenbegrenzungslinie zulässig.

4. Immissionschutz

(§ 9 Abs. 1 Nr. 23 und 24 BauGB)

- (1) Die Verwendung fester fossiler Brennstoffe und von Heizöl ist zum Schutz vor schädlichen Umwelteinflüssen und zur Reinhaltung der Luft unzulässig.
- (2) Schall emittierende technische Anlagen, wie Luft-Wärme-Pumpen, sind nur mit einem seitlichen Abstand von mindestens 3,0 m zur Grundstücksgrenze zulässig. Dem Stand der Technik entsprechende Richtlinien wie die TA-Lärm sind zu beachten. Maßgeblich sind die schalltechnischen Orientierungswerte gemäß Beiblatt 1 zu DIN 18005-1 für Allgemeine Wohngebiete (**WA**):
 - tags (06.00 – 22.00 Uhr) 55 dB(A)
 - nachts (22.00 – 06.00 Uhr) 45 dB(A).
- (3) Für die zur Tages- bzw. zur Nachtzeit schutzbedürftigen Räume aller Wohngebäude im Plangebiet, ist die Einhaltung der erforderlichen Luftschalldämmung der Außenbauteile (Wand, Fenster, Dach etc.) nach DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ durch den jeweiligen Architekten nachzuweisen. Dabei ist Lärmpegelbereich 2 in den Berechnungen zu berücksichtigen.

5. Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft

(§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)

- (1) Unvermeidbare Beseitigungen von Gebäudequartieren sind aus artenschutzrechtlichen Gründen nur im September / Oktober, d. h. außerhalb kritischer Quartierzeiten (Wochenstubenzelt / Winterquartier) von Fledermäusen, zulässig.
- (2) Unvermeidbare Beseitigungen von Gehölzbeständen sowie der randlichen dichten Hochstaudenbestände sind aus artenschutzrechtlichen Gründen nur im Zeitraum von Oktober bis Februar, d. h. außerhalb der Brutzeit von Vögeln, zulässig.
- (3) Innerhalb des Allgemeinen Wohngebiets **WA** ist aus artenschutzrechtlichen Gründen pro neuem Gebäude ein Fledermauskasten aufzuhängen. Eine fachlich qualifizierte Beratung ist hinzuzuziehen.
- (4) Bei Beseitigung der randlichen dichten Hochstaudenbestände ist aus artenschutzrechtlichen Gründen das Handlungsdokument 01/2019 „Staudeninventar“ der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Chemnitz Handlungsdokument, Stand 10.04.2019 zu beachten.

6. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen sowie Bindungen für Bepflanzungen und für die Erhaltung von Bäumen, Sträuchern und sonstiger Bepflanzung

(§ 9 Abs. 1 Nr. 25 BauGB)

- (1) Innerhalb der zeichnerisch festgesetzten Flächen zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen ist zur Randeingrünung eine freihiege Hecke aus standortheimischen Sträuchern der Artenliste standortheimischer Gehölze im Pflanzabstand von maximal 1,50 m anzulegen.
- (2) Pro Grundstück sind je angefangene 400 m² Grundstücksfläche mindestens ein hochstämmiger Baum der Artenliste mit einem Stammumfang von 12 bis 14 cm oder 5 Sträucher der Artenliste zu pflanzen. Der Erhalt vorhandener Gehölze bzw. die zeichnerisch festgesetzte Heckenanpflanzung der Randeingrünung sind auf die Mindestbegrünung anzurechnen.
- (3) Die nicht überbauten Grundstücksflächen sind zu begrünen. Vorgärten gärtnerisch zu gestalten.
- (4) Sämtliche Pflanzungen sind dauerhaft zu pflegen und zu erhalten. Abgängige Gehölze sind zu ersetzen.

7. Versorgungslösungen, Flächen mit Geh-, Fahr- und Leitungsrechten

(§ 9 Abs. 1 Nrn. 13, 21 BauGB)

- (1) Stadttechnische Ver- und Entsorgungsleitungen sind regelmäßig im öffentlichen bzw. öffentlich-rechtlich für diesen Nutzungszweck gesicherten Raum zu verlegen.
- (2) Leitungsrecht – beschränkte persönliche Dienstbarkeit für die inetz GmbH, bestehend in dem Recht auf Betrieb, Änderung und Unterhaltung der Gasochdruckleitungen G 20-000, DN 200, DP 16 sowie d 90 PE, verbunden mit Nutzungsbeschränkungen.
- (3) Eine Überbauung, Geländeveränderung oder Bepflanzung mit Gehölzen der mit Fahr- und Leitungsrechten festgesetzten Flächen ist nur mit Zustimmung der begünstigten Leitungsträger zulässig.

II. Bauordnungsrechtliche Festsetzungen

(§ 9 Abs. 4 BauGB, i. V. m. § 89 SächsBO)

1. Äußere Gestaltung baulicher Anlagen

- (1) Zur Eindeckung der Dächer sind nur schiefer- oder anthrazitfarbene sowie dunkelgraue Dachdeckungsmaterialien zu verwenden.
- (2) Sonnenkollektoren und Fotovoltaikanlagen sind zulässig.

2. Gestaltung der unbebauten Flächen der bebauten Grundstücke

- (1) Stellplätze und Wege innerhalb der Grundstücke sind in wasserdurchlässiger Bauweise auszuführen.
- (2) Öffentliche Stellplätze und Wege sind in wasserdurchlässiger Bauweise auszuführen
- (3) Vorgärten dürfen nicht als Arbeits- und Lagerflächen genutzt werden. Diese Flächen sind gärtnerisch zu gestalten.

III. Hinweise

- (1) Die bauausführenden Firmen sind durch die Bauherren auf die Meldepflicht von Bodenfunden gemäß § 20 SächsDschG hinzuweisen.
- (2) Sollten während der Bauphase schädliche Bodenveränderungen nach 880dSchG bekannt werden, so ist dies dem Landratsamt Erzgebirgskreis umgehend anzuzeigen.
- (3) Natürlicher Boden, der im Rahmen der Bauvorhaben bewegt werden muss, ist gemäß § 202 BauGB mit dem Ziel der Folgenutzung in verwertbarem Zustand im Baugebiet zu verwerten und nach Abschluss der Maßnahmen vor Ort einer sinnvollen Verwertung zuzuführen.
- (4) Aufgrund der geologischen Verhältnisse können im Plangebiet geogen bedingt erhöhte Radonkonzentrationen in der Bodenluft nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden. Zum Schutz vor Radon ist ein Referenzwert für die über das Jahr gemittelte Radon-222-Aktivitätskonzentration in der Luft von 300 Bq/m³ für Aufenthaltsräume und Arbeitsplätze in Innenräumen festgeschrieben. Wer ein Gebäude mit Aufenthaltsräumen oder Arbeitsplätzen errichtet, hat geeignete Maßnahmen zu treffen, um den Zutritt von Radon aus dem Baugrund zu verhindern oder erheblich zu erschweren. Diese Pflicht gilt als erfüllt, wenn die nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik erforderlichen Maßnahmen zum Feuchtschutz eingehalten werden.
- (5) Im Baufeld können Gasleitungen und Anlagen anderer Rechtsträger oder Netzbetreiber vorhanden sein. Vor der Ausführungsphase ist die mit der Ausführung beauftragte Firma auf ihre Erkundungspflicht hinzuweisen. In diesem Zusammenhang werden von inetz aktuelle Planunterlagen übergeben. Vor der Bauausführung ist eine drifliche Einweisung des bauausführenden Unternehmens durch einen beauftragten Mitarbeiter unseres Servicebereiches Erzgebirge, Standort Aue Telefon 03771/599-120 zwingend erforderlich.
- (6) Über eventuell ungehoffene Spuren alten Bergbaus ist gemäß § 5 der Polizeiverordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr über die Abwehr von Gefahren aus unterirdischen Hohlräumen sowie Halden und Restfüchem (Sächsische Hohlraumverordnung – SächHohlrVO) vom 20.02.2012 (SächsGVBl. S. 191) das Sächsische Oberbergamt in Kenntnis zu setzen.
- (7) Archäologische Funde sind z. B. auffällige Bodenfärbungen, Gefäßscherben, Knochen, Geräte aus Stein und Metall, Münzen, bearbeitete Hölzer, Steinsetzungen oder Art. Die Fundstellen sind vor Zerstörung zu sichern und unverzüglich dem Landesamt für Archäologie zu melden.
- (8) Zur Klärung der lokalen Untergrundverhältnisse im Satzungsgebiet werden Baugrunduntersuchungen in Anlehnung an die DIN 4020/ DIN EN 1997-2 empfohlen. Sofern Bohrungen niedergebracht werden, besteht Bohranzeige- und Bohrergebnismitteilungspflicht bei der Abt. 10 Geologie des Sächsischen Landesamts für Umwelt, Landwirtschaft und Geologie (LULUG).
- (9) Belästigungen durch Lärm, Stäube und Gerüche, die während der Baumaßnahmen auftreten sind, insofern sie sich auf Anwohner (Wohngebäude, Freizeitgebäude und -gelände) oder Funktionsbereiche (Betriebe, öffentliche Einrichtungen) störend auswirken können, so gering wie möglich zu halten.

IV. Artenliste für Anpflanzungen

(zu Festsetzungen unter Pkt. I. 6. Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen)

Artenliste standortheimischer Gehölze

Bäume 1. Ordnung (Mindestgröße: Hochstamm, 12 / 14 cm StU, in Hecken Heister 125 / 150cm Höhe)

Acer pseudoplatanus	(Berg-Ahorn)
Acer platanoides	(Spitz-Ahorn)
Betula pendula	(Hänge-Birke)
Carpinus betulus	(Hainbuche)
Fagus sylvatica	(Rot-Buche)
Fraxinus excelsior	(Gemeine Esche)
Prunus avium	(Vogel-Kirsche)
Quercus robur	(Stiel-Eiche)
Quercus petraea	(Traubeneiche)
Tilia cordata	(Winter-Linde)
Tilia platyphyllos	(Sommer-Linde)

Bäume 2. Ordnung (Mindestgröße: in Hecken Heister 125 / 150cm Höhe)

Acer compostre	(Feldahorn)
Malus sylvestris	(Wild-Äpfel)
Prunus padus	(Traubenkirsche)
Pyrus pyrausta	(Wild- Birne)
Salix caprea	(Sal-Weide)
Sorbus aucuparia	(Gem. Eberesche)

Sträucher: (Mindestgröße: 60/100 cm, 2fach verpflanzt mit Ballen)

Corylus avellana	(Haselnuss)
Crataegus monogyna	(Eingrifflicher Weißdorn)
Crataegus laevigata	(Zweigriffliiger Weißdorn)
Prunus spinosa	(Schiehe)
Rosa canina, corymbifera, dumalis	(Hecken-Rosen)
Rubus idaeus	(Himbeere)
Rubus fruticosus	(Brombeere)
Salix caprea, viminalis	(Strauchweiden)
Sambucus nigra	(Schwarzer Holunder)
Viburnum opulus	(Gemeiner Schneeball)

Die Artenliste wird ergänzt um sämtliche einheimische Obstgehölze.

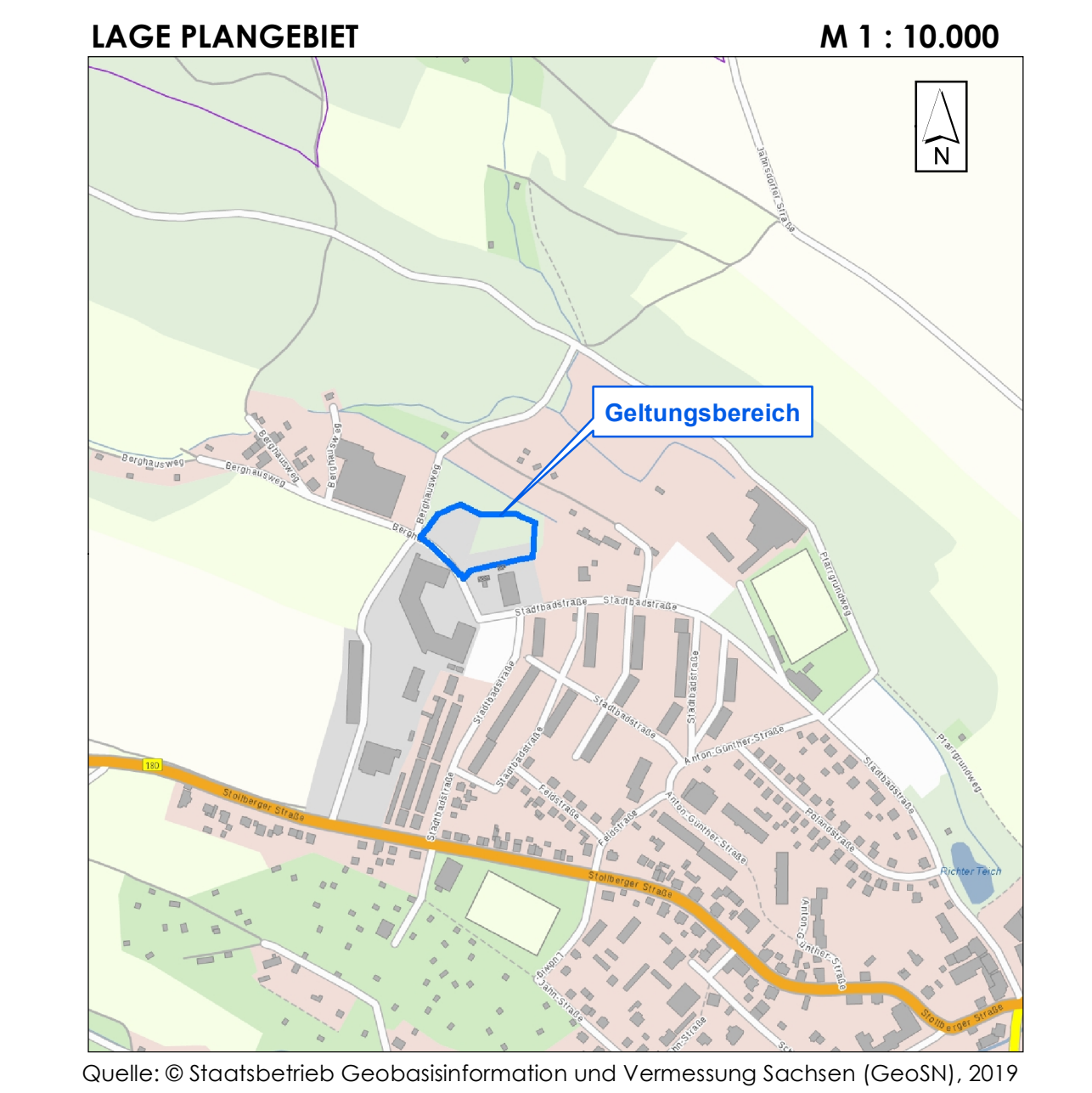
SATZUNG DER STADT THALHEIM ÜBER DEN BEBAUUNGSPLAN „BERGHAUSWEG“ STADT THALHEIM

Auf Grund des § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 03.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 27.03.2020 (BGBl. I S. 587)), sowie nach § 89 der Sächsischen Bauordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 11.05.2016 (SächsGVBl. S. 186), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.12.2018 (SächsGVBl. S. 706), in Verbindung mit § 4 der Sächsischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 09.03.2018 (SächsGVBl. S. 62), hat der Stadtrat der Stadt Thalheim/Erzgeb. am den Bebauungsplan „Berghausweg“ mit Beschluss Nr. als Satzung beschlossen. Die Begründung wurde gebilligt.

Der Bebauungsplan besteht aus dem Teil A – Planzeichnung und dem Teil B – Begründung in der Fassung vom

Der Bebauungsplan tritt mit ortsüblicher Bekanntmachung in Kraft (§ 10 Abs. 3 BauGB).

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister



VERFAHRENSVERMERKE

- 1. Der Stadtrat der Stadt Thalheim/Erzgeb. hat in seiner Sitzung am 19.09.2019 die Aufstellung des Bebauungsplanes „Berghausweg“ beschlossen. Die Bekanntmachung des Aufstellungsbeschlusses erfolgte am 18.12.2019 im Thalheimer Stadtanzeiger Nr. 12/2019 mit folgenden Hinweisen:
Der Bebauungsplan wird im beschleunigten Verfahren gemäß § 13a i.V.m. § 13b BauGB aufgestellt. Dementsprechend gelten die Vorschriften des vereinfachten Verfahrens nach § 13 Abs. 2 und § 3 Satz 1 BauGB. Von der frühzeitigen Unterrichtung und Erörterung nach § 3 Abs. 1 und § 4 Abs. 1 BauGB wird daher abgesehen. Die Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB, der Umweltbericht nach § 2a BauGB, die Angaben nach § 3 Abs. 2 Satz 2 BauGB, welche Arten umweltbezogene Informationen verfügbar sind sowie die zusammenfassende Erklärung nach § 6a Abs. 1 und § 10a Abs. 1 BauGB sind nicht notwendig. Ebenfalls entfällt die Pflicht zum Ausgleich naturschutzrechtlicher Eingriffe.

Die Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange sind nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung nach § 4 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

- 2. Der Entwurf des Bebauungsplans in der Fassung 04/2020 wurde am 2020 durch den Stadtrat der Stadt Thalheim/Erzgeb. gebilligt und zur öffentlichen Auslegung bestimmt.

Thalheim/Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

- 3. Der Entwurf des Bebauungsplanes, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und der Begründung (Teil B) haben in der Zeit vom 2020 bis zum 2020 nach § 3 Abs. 2 BauGB öffentlich ausliegen.

Gleichzeitig erfolgte nach § 4 Abs. 2 BauGB mit Schreiben vom 2020 eine Beteiligung der betroffenen Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange.

Thalheim/Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

- 4. Die Bezeichnung und graphische Darstellung der Flurstücke betriffts ihrer Übereinstimmung mit der amtlichen Flurkarte wird mit Stand vom 2020 bestätigt. Die Lagegenauigkeit der zeichnerischen Darstellung wird nicht bestätigt.

Landratsamt Erzgebirgskreis
Referat Ländliche Entwicklung
und Vermessung
Annaberg-Buchholz, den Siegel Referatsleiterin

- 5. Der Stadtrat der Stadt Thalheim/Erzgeb. hat die vorgebrachten Stellungnahmen der Öffentlichkeit und der Behörden am 2020 geprüft. Das Ergebnis wurde mitgeteilt.

Thalheim/Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

- 6. Der Stadtrat hat in seiner Sitzung am 2020 den Satzungsbeschluss zum B-Plan „Berghausweg“ der Stadt Thalheim/Erzgeb., bestehend aus dem Teil A – Planzeichnung M 1:500 und dem Teil B – Begründung vom /2020 gefasst. Die Begründung wurde gebilligt.

Thalheim/Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

- 7. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wird hiermit ausgeteilt.

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

- 8. Die Bebauungsplansatzung, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A) und dem Text (Teil B), wurde dem Landratsamt Erzgebirgskreis am angezeigt.

Thalheim/Erzgeb., den 202 Siegel Bürgermeister

- 9. Der Satzungsbeschluss sowie die Stelle, bei der die Satzung auf Dauer während der Sprechzeiten von jedermann eingesehen werden kann und über den Inhalt Auskunft zu erhalten ist, sind am im Thalheimer Stadtanzeiger Nr. ortsüblich bekannt gemacht worden.
In der Bekanntmachung ist auf die Geltendmachung der Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften und von Mängeln der Abwägung sowie auf die Rechtsfolgen (§§ 214 und 215 Abs. 2 BauGB, § 4 Abs. 4 SächsGemO) und weiter auf Fälligkeit und Erlöschen von Schadensersatzansprüchen (§§ 39-42 und 44 BauGB) hingewiesen worden.

Die Satzung tritt mit der Bekanntmachung in Kraft.

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister

Thalheim/ Erzgeb., den Siegel Bürgermeister